

23. Ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall - Frankfurt 2015 Tagesprotokoll - Donnerstag, 22. Oktober 2015 (Auszug, S. 90 / 91)

Ich rufe auf die Anträge 1.120 und 1.121.

Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission:

Mirko, das ist der Antrag Deiner Verwaltungsstelle. Er wird jetzt erledigt durch den Frankfurter Antrag.

Mirko Geiger, Sprecher des Präsidiums:

Ich weiß, es ist der weiter gehende Antrag. Das ist in Ordnung. Ich habe es mit den Kollegen bei uns zu Hause schon besprochen.

Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission:

Es ist ein etwas außergewöhnlicher Antrag, denn er bezieht sich auf eine weit zurückliegende Angelegenheit, nämlich den sogenannten Radikalenerlass, der in der Bundesrepublik Deutschland in den Siebzigerjahren zu Berufsverboten geführt hat, als viele der Delegierten, die jetzt als junge Delegierte hier sind, noch gar nicht geboren waren. Willy Brandt hat den Radikalenerlass später als einen seiner größten Fehler bezeichnet.

Diese Berufsverbote betreffen den öffentlichen Dienst. Insofern wundert man sich, dass wir uns jetzt damit beschäftigen. Aber es war ein sehr politischer Prozess, der in einer ganzen Generation in Deutschland zu großen Einschüchterungen geführt hat. Indirekt betroffen war damals auch der jetzige Ministerpräsident von Baden-Württemberg Kretschmann.

Es gibt im Augenblick Diskussionen auch im DGB, die lauten: Man will die Abschaffung dieser Radikalenerlasse - sie existieren noch immer, werden im Augenblick aber nur nicht eingesetzt - man will, dass die Betroffenen rehabilitiert werden und dass, weil sie alle langsam ins Rentenalter kommen, ihre Rentenversicherungsansprüche geprüft werden für den Fall, dass sie damals eingestellt worden wären, dass sie also entsprechend entschädigt werden.

Der Antrag fordert, dass der Vorstand entsprechende Initiativen einleitet. Wir sind der Meinung, das ist eine Angelegenheit des DGB. Wir haben die Beschlussempfehlung so geändert, dass wir gesagt haben: Der Vorstand wird aufgefordert, entsprechende Initiativen des DGB in den Bundesländern und Bundesbehörden zu unterstützen.

Wir wollen damit ein Signal geben, damit dieser unselige Radikalenerlass endgültig gestrichen wird, damit er sozusagen als Drohpotenzial endlich aus der Welt kommt. (Beifall) Das ist das, was wir als Antragsbegehren hier unterstützen möchten und deswegen zur Annahme empfehlen.

Mirko Geiger, Sprecher des Präsidiums:

Danke. - Zu den beiden Anträgen liegt uns eine Wortmeldung vor. Das Wort hat Dieter Diehl von der Verwaltungsstelle Esslingen, Bezirk Baden-Württemberg, mit der Delegiertennummer 407. Dieter!

Dieter Diehl, 407:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mein Name ist Dieter Diehl, VK-Leiter bei der Firma Eberspächer in Esslingen. Ich begrüße die Anträge zur Rehabilitierung der von dem Berufsverbot Betroffenen. Ich begrüße diese Anträge, weil ich es wichtig finde, dass Menschen, die sich ein demokratischeres Wirtschaftssystem als den heutigen Kapitalismus vorstellen können, beruflich nicht eingeschränkt werden dürfen. Deshalb würde ich es auch begrüßen, wenn unser neuer Vorstand wie alle anderen DGB-Gewerkschaften die Unvereinbarkeitsbeschlüsse aufhebt. Lasst uns die Einheitsgewerkschaft hüten wie unseren Augapfel, wie es uns Willi Bleicher aufgetragen hat. - Vielen Dank. (Beifall)

Mirko Geiger, Sprecher des Präsidiums:

Wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, können wir in die Abstimmung eintreten. Wer dem Vorschlag der Antragsberatungskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einstimmig angenommen; vielen Dank auch im Namen der Verwaltungsstelle Heidelberg. (Heiterkeit)